

**Deutscher Gewerkschaftsbund  
Region Rhein-Neckar**



## **EINLADUNG**

### **DGB – SENIORENTAG**

**Festhalle „Baumhain“, Luisenpark Mannheim**

**Donnerstag, 13. November 2008 – 14.00 Uhr**

**(Einlass ab 13.00 Uhr)**

# **Wir wollen auch im Alter das ganze Leben !**

**Begrüßung: Helmut Kuhn**  
Vorsitzender DGB Senioren

**Referentin: Dr. Ursula Engelen-Kefer**  
ehemalige DGB Vize

## **Infostände**

### **Joachim Schäfer macht Musik**

---

Diese Einladung berechtigt zum freien Eintritt in den Luisenpark Mannheim (an allen Kassen) –  
Es besteht die Möglichkeit nach der Veranstaltung im Park zu bleiben.

Zu dieser Veranstaltung laden ein:  
DGB-Region Rhein-Neckar, DGB-Arbeitskreis Senioren Mannheim und die Seniorengruppen der Gewerkschaften

Die Veranstaltung wird unterstützt von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und dem Sozialverband VdK.

**Der Haupteingang Luisenpark ist mit der Straßenbahnlinie 6 Richtung  
Neuostheim über Paradeplatz, Wasserturm und Tattersall bis Haltestelle  
Luisenpark zu erreichen.**





**Begrüßungsansprache:** Helmut Kuhn

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste

Im Namen des Arbeitskreises der Senioren im Deutschen Gewerkschaftsbund Region Rhein-Neckar begrüße ich alle, welche heute in die Festhalle Baumhain gekommen sind.

Es ist mittlerweile in Mannheim gute Tradition, dass sich Gewerkschaftssenioren einmal im Jahr versammeln und sich Gedanken um die Situation der Älteren zu machen.

Aber auch, um unsere Forderungen hinaus zu tragen.

Früher ging es dabei immer etwas gemächlich zu. Man hat uns was über Reformen erzählt, viele klatschten artig Beifall und quittierten dies mit zustimmendem Kopfnicken.

Heute haben Reformen für uns eine andere Bedeutung gewonnen.

Wenn wir heute das Wort hören, halten wir uns reflexartig die Taschen zu.

Erinnern wir uns an den Seniorentag im letzten Jahr.

Themenstellung: Reform der Pflegeversicherung. **Ich frage euch, wer hat denn hier etwas von einer Reform erlebt?**

Wer hat denn etwas von dem versprochenen Kurswechsel in der Sozialpolitik für Ältere verspürt?



Helmut Kuhn bei seiner Begrüßungsansprache

**Diese Gesetzesänderung war ein Kompromiss der nicht die Interessen der Menschen mit Pflegebedarf in den Vordergrund stellt, sondern in starkem Maße die Interessen der Leistungserbringer berücksichtigt.**

Viele Reformen der letzten Jahre dienten allen möglichen Zielen, aber nicht der Stärkung des Sozialstaats!

Die schwarz/rote Koalition hat sich von einer Politik für Rentnerinnen und Rentner im Lande verabschiedet.

Die Interessen der Wirtschaftsverbände und die eigenen Umfragewerte stehen immer häufiger im Mittelpunkt des Geschehens.

**Das was sie uns durch Sozialabbau genommen haben ist das Geld was derzeit auf dem Scheiterhaufen nationalen und internationalen Finanzmärkten verbrand wird.**

Uns vererben sie Alters- und Kinderarmut und den Reichen und Superreichen, über die Erbschaftssteuer, Rabatte für ihre Villen am Tegernsee.

Bevor ich zur Begrüßung unserer heutigen Hauptrednerin komme, lasst mich doch noch kurz zurückschauen was zu Beginn des Jahres die Republik erschütterte.

Erinnern wir uns noch daran?  
Das Abendland stand kurz vor dem Untergang!  
Nicht weil der Staat innerhalb einer Wochenfrist 500 Milliarden bereithält um sie im Bedarfsfall geldgierigen Finanzvernichter in den Rachen zu schmeißen.



Die Baumhainhalle war wie immer gut besucht

Die Verkünder der „Sozialen Marktwirtschaft“ schlugen Alarm, weil die Renten nach mehrfachen Nullrunden, nicht um 0,46 Prozent, sondern um 1,1 Prozent aus wahltaktischen Gründen steigen sollten.

Diese Meldung sorgte über Nacht um die zunehmende Polarisierung in der öffentlichen Diskussion und wurden bewusst und in voller Absicht stellenweise überschritten.

Initiiert von Leuten, von deren Alterseinkommen heutige und künftige Rentner nur träumen können.

Für sie war die „Erhöhung“ der Renten um 1,1 Prozent der Anlass, vor den **„Gierigen Alten“** und einer **„Rentnerdemokratie“** zu warnen.

Das gipfelte in dem Vorwurf „unersättliche Senioren plünderten die arbeitende Bevölkerung aus.“

Einer der obersten Kostgänger der Republik, apostrophiert sogar den **„Krieg der Generationen“** und sprach wörtlich von der **„Ausplünderung der Jungen durch die Alten“**.

Junge Abgeordnete welche gerade mal den Sprung vom Hörsaal in den Plenarsaal hinter sich hatten und deren monatliche Diätenerhöhung wesentlich höher war als die

### **Durchschnittsrente einer Verkäuferin mit 40 Berufsjahren,**

schlugen in die gleiche Kerbe und lehnten mit viel öffentlichem Getöse die Rentenerhöhung ab.



**Hierzu reicht schon eine bescheidene Rentenerhöhung von 6 Euro im Monat für Durchschnittsrentner.**

Dass diese Erhöhung nach langem, andauerndem, stetigem Kaufkraftschwund und Nullrunden gezahlt wurde, interessiert dabei offensichtlich nicht.

Da wurde in einer Zeit sinkender Wahlbeteiligung das Gespenst einer „**Rentnerdemokratie**“ an die Wand gemalt,

nur weil ältere Menschen traditionell ihr Wahlrecht als Wahlpflicht begreifen und noch zur Wahl gehen.



Karola Pelzer die Macherin des Seniorentag

Es wird als nationales Unglück begriffen, wenn Menschen heute älter werden als früher.

Kolleginnen und Kollegen, lasst uns nicht nur älter sondern auch besser werden. Lasst uns unsere Stimmen erheben.

**„Wir wollen auch im Alter das ganze Leben!“**

dies ist das Thema unseres heutigen Seniorentages

und hierzu begrüße ich ganz herzlich unsere

**Kollegin Dr. Ursula Engelen-Kefer.**

Liebe Kollegin Engelen-Kefer! Die Mannheimer Senioren haben sich ganz bewusst für dich als Hauptrednerin entschieden.

Viele von uns vermissen deine Arbeit im DGB.



Solidarisch gegen Rente mit 67

**Wer heute von Ursula Engelen-Kefer spricht, denkt an die einstige Vorzeigefrau des männerdominierten DGB Bundesvorstand.**

Deine Kompetenz und Durchsetzungskraft ist heute bereits legendär.

Sowohl bei denen die dich mögen aber auch bei deinen Kontrahenten.

Danke, dass du heute wieder einmal zu uns nach Mannheim gekommen bist.

**Wir freuen uns auf deinen Vortrag.**



Ursula Engelen-Kefer begeisterte wie immer ihre Zuhörer



Dr. Ursula Engelen-Kefer  
Ehemalige Stellvertretende Vorsitzende des DGB  
Dozentin der Hochschule der BA

## **Schutzschirm für gute Arbeit**

Wir befinden uns nicht nur in einer schwerwiegenden internationalen Finanzkrise, sondern auch bereits in Deutschland in einer Wirtschaftsrezession. Das Bruttosozialprodukt ist im dritten Quartal 2008 um 0,5 Prozent geschrumpft. Diese Entwicklung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen. Infolge der weltweiten Ungewissheit über Ausmaß und Dauer der Finanzkrise sowie ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft sind die Wirtschaftsprognosen für 2009 mit großer Vorsicht zu betrachten. Wir erleben derzeit eine beinahe wöchentliche Korrektur nach unten. Wir können froh sein, wenn wir mit dem jetzt von der Bundesregierung prognostizierten Wachstum von 0,2 Prozent davon kommen und sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht ins Minus bewegt. In jedem Fall ist dies ein tiefer Fall gegenüber den Wachstumsraten zwischen zwei und drei Prozent in den vergangenen beiden Jahren. Als Folge werden der erfreuliche Abbau der Arbeitslosigkeit und der Aufbau der Beschäftigung zum Stillstand kommen. Vielmehr ist ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Dies ist besonders schwerwiegend, da infolge des erheblichen Zugangs an prekärer Beschäftigung von Leiharbeit bis zu 400- und 1-Eurojobs vor allem und zuerst diejenigen betroffen sind, die zu den Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt gehören. Die Spaltung in Wirtschaft und Gesellschaft wird weiter zunehmen. Folgende Maßnahmen sind zur Verhinderung einer größeren Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig:



(1)Die Wirksamkeit des 500 Milliarden teuren Schutzschirms für die notleidende Finanzbranche wird davon abhängen, ob die von der Bundesregierung angestrebte Reregulierung der Finanzmärkte und insbesondere die Verbesserung der Transparenz und Kontrollen auf den Kapitalmärkten in Deutschland, Europa und auf weltweiter Ebene tatsächlich umgesetzt werden kann. Dies muß auch für alle Investmentbereiche sowie Private Equity – und Hedgefonds gelten. Entscheidend ist ebenfalls, dass die Begrenzung und Struktur der Einnahmen für die Manager in der Finanzbranche aber auch den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht nur öffentlichkeitswirksamen Appelativcharakter hat, sondern auf breiter Ebene auch durchgesetzt wird. Alle falschen Anreizsysteme zur Anheizung der Spekulation, unverantwortlichem Größenwahn und Spekulation müssen unterbunden werden. Auch Manager müssen der vollen Haftung für ihre Finanzentscheidungen unterworfen werden und dürfen nicht noch durch millionenschwere Abfindungsregelungen für Fehler und Versagen belohnt werden.



Stefan Rebmann DGB Regionalvorsitzender

(2)Notwendig ist ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Programm der Bundesregierung für die nächsten beiden Jahre zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung. Hierbei muss es um die Kombination der Stärkung öffentlicher und privater Investitionen und Nachfrage mit strukturellen Verbesserungen gehen. Dabei sind die eklatanten Nachholbedarfe und Defizite in solchen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur zu schließen wie Bildung, Erziehung, Betreuung, Forschung aber auch Klimaschutz sowie der Wirtschafts- und Verkehrs-Infrastruktur. Der von der Großen Koalition beschlossene Beginn der Privatisierung der Deutschen Bahn ist zu Recht auf Eis gelegt worden und muss dort auch bleiben. Die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate sollte nach Möglichkeit mit Maßnahmen zur Qualifizierung der betroffenen Arbeitnehmer verbunden werden. Die bisher von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Konjunkturstützung sind weder vom Umfang



noch von den Inhalten her ausreichend. Dies wird in dem gestern vorgelegten Gutachten der Wirtschaftsweisen mit aller Deutlichkeit hervorgehoben. Die Bundesregierung ist gefordert, nicht nur ihre Beschlüsse zur teilweisen Aussetzung der KFZ-Steuer bei Kauf eines Neuwagens innerhalb eines halben Jahres zu überdenken und durch ökologisch sinnvolle Maßnahmen zu ersetzen, sondern ihr zu Rechte als zu klein und aktionistisch bewertetes Konjunkturprogramm ergänzen. Der von den Wirtschaftsweisen genannte Betrag von zwischen 12,5 und 25 Mrd. Euro pro Jahr ist bis zur oberen Grenze auszuschöpfen. Dies würde dann etwa einem Prozent des Bruttonettoproduktes entsprechen. Die derzeit geplante Dimension von 12 Mrd. Euro über zwei Jahre wird kaum nennenswerte Wachstumseffekte entfalten können.



Podium: Dr. Engelen-Kefer, Karola Pelzer, Helmut Kuhn, Stefan Rebmann

(3)Die derzeitige Finanzkrise zeigt die Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste in einer Schamlosigkeit und in einem Ausmaß, das sich kaum einer hätte vorstellen können. Soll die Spirale nach unten mit einer immer weiter zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft aufgehalten werden, brauchen wir eine „Renaissance des Sozialstaates“. Hierbei ist der Sündenfall der Aushöhlung der gesetzlichen Alterssicherung mit der Riesterreform von 2001 an erster Stelle zu beheben. Die umlagefinanzierte gesetzliche Altersrente muss wieder eine ausreichende Absicherung des Lebensstandards ermöglichen. Die Finanzkrise zeigt nur zu deutlich, dass die kapitalgedeckte Zusatzversorgung hierbei keinesfalls ein Ersatz sein kann und darf- sondern eine Ergänzung bleiben muss. Der 2008 ausgesetzte Riesterfaktor, der das Rentenniveau massiv nach unten gebracht hat, darf nicht wieder eingeführt werden. Ansonsten werden die Rentner auf Jahre keine Rentenerhöhung haben. Ihre Kaufkraft wird sich massiv verringern infolge der steigenden Kosten und Beiträge für die Gesundheitsversorgung, die Pflege und die Inflation. Da der Anteil der Rentner in Deutschland etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen wird, bedeutet dies eine erhebliche Schwächung der Binnenkonjunktur, die zur wirtschaftlichen Entwicklung unabdingbar ist. Genauso wichtig sind die Verbesserung des Zugangs und das Niveau der Erwerbsminderungsrenten. Vor allem sind die 2001 eingeführten Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme wieder abzuschaffen. Der Eintritt in die Erwerbsminderungsrente beruht schließlich nicht auf

freiwilligen Entscheidungen der Betroffenen. Unabdingbar ist die korrekte Überprüfung 2010, ob die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre aus Sicht des Arbeitsmarktes und der gesundheitlichen Situation der älteren Arbeitnehmer überhaupt möglich ist. Dies ist ein gesetzlicher Auftrag. Nach allen bisher bekannten Entwicklungen und Untersuchungen sind die Voraussetzungen keinesfalls gegeben. Nach wie vor ist die Erwerbstätigkeit der über 55-jährigen und über 60-jährigen Arbeitnehmer unterdurchschnittlich niedrig. Von den über 60 Jährigen ist im Schnitt nur etwa ein Drittel erwerbstätig. Der Anteil der Älteren, die vom ALGII in die Armutsrente gehen müssen, wird in den nächsten Jahren erheblich ansteigen. In den Betrieben herrscht nach wie vor Diskriminierung gegenüber der Einstellung der bereits über 50-jährigen Älteren. Betriebliche Maßnahmen der beruflichen Entwicklung und Qualifizierung älterer und älter werdender Belegschaften sowie ein ausreichendes Arbeitsschutz- und Gesundheitssicherungsmanagement sind mit Ausnahme weniger Leuchttürme vor allem in kleineren Betrieben völlig unzureichend und haben sich in den letzten Jahren auch nicht verbessert. Entsprechend würde die pauschale Heraufsetzung der gesetzlichen Altersrente nur zu einer weiteren Minderung des Rentenniveau führen und die Gefahr der Altersarmut weiter erhöhen. Es ist daher bei weitem sinnvoller, die Solidaritätsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Einführung der Erwerbstätigenversicherung zu verbreitern. Dann ist auch die Verbesserung der gesetzlichen Alterssicherung ohne bzw. ohne unzumutbare Anhebung der Beiträge zu ermöglichen.



Walter Spagerer (90) ehem. 1. Bevollmächtigter der Mannheimer IG Metall mit Engelen-Kefer

(4) Die notwendige Ergänzung ist die Durchsetzung ausreichender Mindestlöhne. Hierbei ist die Bundesregierung dringend gefordert, die bereits vorliegenden Anträge tariflicher Mindestlöhne für weitere 8 Wirtschaftsbranchen zu genehmigen und diese Mindestlöhne für allgemeinverbindlich zu erklären. Die CDU/CSU muss endlich ihre Blockade aufgeben, die seit über zwei Jahren vorliegenden gesetzlichen Mindestlöhne für die Leiharbeiter, die von den DGB Gewerkschaften für etwa zwei Drittel der Leiharbeiter ausgehandelt wurden in die Allgemeinverbindlichkeit aufzunehmen. Darüberhinaus ist die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes nicht unter 7 Euro50 unerlässlich. Dies ist auch eine wesentliche Voraussetzung für ausreichende Altersrenten und die Stabilisierung von Konjunktur und Wirtschaftswachstum.





Alle Rechte der Fotos liegen bei Helmut Roos, dem wir ganz herzlich danken. Unser Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen beim örtlichen DGB und den Einzelgewerkschaften welche diese Veranstaltung ermöglicht haben.



.....übrigens, was der MANNHEIMER MORGEN am 14.Nov.2008 daraus gemacht hat.

**DGB: Ursula Engelen-Kefer  
spricht auf Seniorentag**

Schutzschild für Arbeit

„Im Alter droht Armut“, daher kämpft Dr. Ursula Engelen-Kefer, die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbund DGB, allen voran gegen die Einführung der Rente mit 67, wie sie beim Seniorentag der Region Rhein-Neckar in der Baumhainhalle im Luisenpark verdeutlichte. „Unabdingbar ist eine korrekte Überprüfung, ob die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre aus Sicht des Arbeitsmarktes und der gesundheitlichen Situation der älteren Arbeitnehmer überhaupt möglich ist“, so Engelen-Kefer. Nach wie vor würden über 55-Jährige weniger häufig beschäftigt werden als jüngere Arbeitnehmer. Daher würde das höhere Rentenalter zwangsläufig zu einer weiteren Minderung des Rentenniveaus führen und damit Altersarmut weiter erhöhen. Noch nie hätten die Gewerkschaften vor größeren Herausforderungen gestanden als zur heutigen Zeit. Gleichzeitig forderte sie einen einheitlichen Mindestlohn, der nicht unter 7,50 Euro liegen dürfte. Die CDU/CSU im Bund müsse ihre Blockadehaltung aufgeben. Dies sei auch eine wesentliche Voraussetzung für ausreichende Altersrenten und diene dazu, Konjunktur und Wirtschaftswachstum zu stabilisieren. Eine Bürgerversicherung müsse ebenfalls eingeführt werden. Den Gesundheitsfonds bezeichnete sie in der jetzigen Form als eine „Krücke“. Verabschiedet wurde Engelen-Kefer mit echtem „Mannemer Dreck“, das feine Gebäck überreichte Karola Pelzer vom DGB. *has*